

Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Tragfähiges Konzept für Jobcenter-Reform

2007 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die derzeitigen Regelungen zur Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommunen im SGB II als unzulässige Mischverwaltung gegen das Demokratieprinzip des Grundgesetzes verstoßen.

Die christlich-liberale Koalition strebt eine verfassungsfeste Lösung ohne Änderung des Grundgesetzes und ohne Änderung der Finanzbeziehungen an, die dazu beiträgt, dass Langzeitarbeitslosigkeit vermieden bzw. so schnell wie möglich überwunden wird. In einer eigenen Arbeitsgruppe, in der ich mitarbeite, wird zurzeit intensiv nach einer tragfähigen Lösung gesucht.

Kommunen und Arbeitsagentur sollen in Zukunft auf freiwilliger Basis eng zusammen arbeiten, wenn möglich, weiterhin in einem Gebäude. Der Bund, das heißt die BA, wird ein Angebot auf Kooperation und Koordination machen. Die Kommunen entscheiden freiwillig, ob sie das Angebot wahrnehmen. Für den Betroffenen entstehen keine erheblichen Nachteile.

Die 69 Kommunen, die im Rahmen eines Experimentes die Betreuung der Arbeitslosen in Eigenregie übernommen haben und in aller Regel sehr erfolgreich arbeiten, sollen dies auch in Zukunft tun können. Deshalb wollen wir diese Optionskommunen ohne Befristung weiterarbeiten lassen.

"Vernetzte Sicherheit" in Afghanistan

Im Vorfeld der Afghanistan-Konferenz in London hat Bundeskanzlerin Angela Merkel eine neue Etappe in der Afghanistanpolitik der Bundesregierung angekündigt. Grundlage ist weiterhin der Ansatz der „vernetzten Sicherheit“, das heißt die Verknüpfung von zivilem Aufbau und militärischer Sicherheit. Geplant ist eine Aufstockung des Einsatzkontingents der Bundeswehr um 500 Soldaten plus einer „flexiblen Reserve“ von 350 Soldaten, die nach Bedarf vom Bundestag mandatiert und eingesetzt werden kann.

Die **zivilen Hilfsgelder** werden von derzeit 220 auf 430 Millionen Euro erhöht. Des Weiteren beteiligen wir

uns mit 50 Mio. Euro am Fond zur Reintegration von Taliban-Kräften in die Gesellschaft. Ziel ist es, die Verantwortung für Sicherheit und Stabilität möglichst bis 2014 an afghanische Kräfte zu übergeben. Bereits ab dem kommenden Jahr soll der Abzug der deutschen Soldaten schrittweise beginnen.

Voraussetzung dafür ist eine **Aufstockung der Ausbildung von afghanischer Polizei und Militär**. Die Bundesregierung will dazu ihren Beitrag erhöhen und insgesamt 330 Ausbilder entsenden, darunter etwa 130 Polizeikräfte und 200 Bundeswehrsoldaten.

Ziel des Afghanistan-Einsatzes ist die Zurückdrängung des Terrorismus und die Etablierung rechtsstaatlicher Strukturen, was im unmittelbaren Interesse deutscher Sicherheitspolitik ist, da auch wir vom internationalen Terrorismus bedroht sind.

"Denk"-Tag



Angesichts des Jahrestages der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz moderierte die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der Gedenkstätte Buchenwald und Antje Tillmann eine Veranstaltung am Goethegymnasium Weimar unter dem Motto "Denktag".

Die Gymnasiasten diskutierten angeregt über eigenes Engagement für Demokratie, den persönlichen Umgang mit Rechtsextremismus und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft.

Bundesregierung stabilisiert Sozialsysteme

Heute fand im Bundestag die erste Lesung des Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetzes statt. Mit dem Gesetz runden wir die bereits unter der Großen Koalition begonnenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise ab, die spürbare Lücken in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gerissen hat. Wir haben deshalb verabredet, die Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeber und damit die Lohnnebenkosten stabil zu halten. Außerdem erhöhen wir das Schonvermögen von Hartz-IV-Empfängern und stellen der Bundesagentur für Arbeit sowie der gesetzlichen Krankenversicherung einen einmaligen Zuschuss zur Verfügung.

Mit den Maßnahmen wird eine gute Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung und zur Beendigung der internationalen Krise gelegt.



Auch in diesem Jahr nahm ich wieder an der **traditionellen Winterwanderung** der CDU durch das verschneite Grammetal zur Eichgrabenhütte teil.

Mehr Geld für Auszubildende

Die Tarifvergütungen für Lehrlinge sind 2009 so stark gestiegen wie seit 14 Jahren nicht mehr.

Durchschnittlich verdienen die Auszubildenden monatlich 666 Euro und damit 3,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Abstand zwischen Ost und West hat sich dabei weiter verringert. In Westdeutschland erhielten Azubis im vergangenen Jahr durchschnittlich 679 Euro, ein Plus von 3,3 Prozent. In Ostdeutschland stiegen die tariflichen Ausbildungsvergütungen um 4,9 Prozent auf durchschnittlich 595 Euro im Monat.

Solarförderung

Nach Plänen des Bundesumweltministeriums soll die Einspeisevergütung für Strom aus Photovoltaikanlagen ab April für Dachanlagen und ab Juli für Freiflächenanlagen um einmalig 15% gesenkt werden, bei Freiflächenanlagen auf Ackerland um 25%. Pro Kilowattstunde Strom aus einer Dachanlage erhält ein Investor derzeit 39,57 Cent. Die Einspeisevergütung wird jeweils 20 Jahre garantiert. Aus der Sicht des Stromkunden ist eine baldige Absenkung richtig. Gleichwohl wird eine Kürzung mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl geschehen müssen. **Wir werden in den kommenden parlamentarischen Beratungen darauf drängen, dass die Änderungen nicht bereits zum 1. April Gesetz werden und damit zukunftssträchtige Arbeitsplätze in Thüringen gefährden.**

Lichtstreif am Horizont bei der Konjunktur

Diese Woche wurde der Jahreswirtschaftsbericht 2010 vorgestellt. Deutschland hat sich demnach in der Wirtschafts- und Finanzkrise besser als viele andere Volkswirtschaften behauptet. Die Strukturreformen der Vorjahre, insbesondere aber die beherzten Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur haben Schlimmeres verhindert. Viele Anzeichen sprechen für einen Lichtstreif am Horizont. Das steuerliche Sofortprogramm von insgesamt 24 Milliarden Euro, das zum Jahresende 2009 beschlossen wurde, wird vieles dazu beitragen, den Aufschwung zu stabilisieren und auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Haiti braucht Deutschlands Hilfe

Die Bilder aus dem ohnehin schon bitterarmen Haiti haben uns alle erschüttert und zum Handeln aufgefordert. Die Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung bewusst. Zusätzlich zu den unmittelbar bereitgestellten 7,5 Mio. Euro hat das Entwicklungshilfeministerium nun weitere 7,5 Mio. Euro Hilfe zugesagt.

Impressum

Antje Tillmann MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Email: antje.tillmann@bundestag.de
Tel.: 030 – 227 77019
Fax: 030 – 227 76497